

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 31 (2011)  
**Heft:** 61

**Artikel:** Griechenland unter dem Diktat der Troika : Erosion des politischen Systems, Massenmobilisierung und Demokratiebewegung  
**Autor:** Kritidis, Gregor  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-652308>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Griechenland unter dem Diktat der Troika**

### **Erosion des politischen Systems, Massenmobilisierung und Demokratiebewegung**

Griechenland befindet sich nicht erst seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise Ende 2009 in einer tiefgreifenden Transformationskrise. Bereits mit der Revolte vom Dezember 2008, die durch die tödlichen Schüsse eines Polizisten auf den 16-jährigen Schüler Alexandros Grigoropoulos ausgelöst worden war, wurden die sozialen Verwerfungen der griechischen Gesellschaft offenkundig.<sup>1</sup> Der nach dem Wahlsieg der PASOK im Herbst 2009 drohende Staatsbankrott war schließlich der Auftakt für eine dramatische Dynamisierung des gesellschaftlichen Krisenprozesses.<sup>2</sup> Nachdem infolge der Bankenrettung die staatliche Neuverschuldung rasant angestiegen war und die ohnehin hohe Staatsschuld anschwellen ließ, sah sich die regierende PASOK mit Giorgos Papandreou an der Spitze gezwungen, gegenüber den europäischen Gläubigern den Offenbarungseid zu leisten. Die lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung war jedoch nicht zu überzeugen, daß diese Pleite ihre eigene sei; die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung gewann an Schärfe und mit der Staatsschuldenkrise eine unmittelbar internationale Dimension.

Im Mai 2010 unterzeichnete die Regierung Papandreou, getrieben von den Ereignissen und unter massivem Druck der EU, einen Kreditvertrag über 80 Mrd. € mit den Ländern der Eurozone (30 Mrd. steuerte zudem der IWF bei), zu dessen Bestandteilen das in Griechenland mittlerweile berüchtigte „Memorandum“ gehört.<sup>3</sup> Eine Beteiligung des Parlaments – die griechische Verfassung sieht für die Ratifizierung derart weitreichender internationaler Verträge eine 3/5 Mehrheit vor – fand nicht statt, stattdessen wurden diese, ohne dass die Abgeordneten informiert wurden und ohne öffentliche Diskussion, mit einfacher Mehrheit der Regierungsfraktion gebilligt.

In der neueren Geschichte dürfte eine derartig widerstandslose politische Kapitulation eines Staates gegenüber den Vertretern der Gläubiger ohne Beispiel sein.<sup>4</sup> Der Verfassungsrechtler Giorgos Kassimatis spricht in diesen Zusammenhang von der „Auflösung“ der Verfassung und der „Abtretung von Souveränitätsrechten“.<sup>5</sup> Mit dem Vertragswerk wurde der griechischen Regierung in detail vorgeschrieben, in welchem Zeitraum welche Maßnahme zu treffen ist; dazu gehörten neben einer Erhöhung von Verbrauchssteuern, der Mehrwertsteuer sowie der Lohn- und Einkommenssteuer die Senkung der Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst, Rentenkürzungen, die Liberalisierung des Transportsektors und der freien Berufe, eine Zusammenlegung von Kommunen und die Stilllegung von Bahnlinien.<sup>6</sup> Selbst Eingriffe in die Tarifautonomie mit dem Ziel der

Lohnsenkung in der privaten Wirtschaft waren vorgesehen und sind mittlerweile verabschiedet worden.

\*

Der gesellschaftliche Widerstand gegen die „Diktatur der Troika“, bestehend aus Vertretern der EZB, der EU-Kommission und des IWF, hielt über das ganze Jahr 2010 an und fand seine Höhepunkte in zahlreichen Generalstreiks, blieb jedoch im Kern auf die organisierte Linke und die Gewerkschaften beschränkt: die Kommunistische Partei (KKE), die Linkskoalition SYRIZA samt ihrem gewerkschaftlichen Anhang, die ebenfalls in den gewerkschaftlichen Basisverbänden<sup>7</sup> fest verankerte außerparlamentarische Linke sowie die zahlreichen anarchistischen Gruppierungen. Griffen die Proteste über das organisierte Spektrum hinaus auf breitere Bevölkerungskreise über, so blieben sie sektoral oder lokal begrenzt, wie etwa bei den Mobilisierungen der Lastwagenfahrer.<sup>8</sup> Es bildeten sich jedoch auch neue Initiativen, die jenseits traditioneller Organisationen mit Boykottaktionen gegen staatliche Gebühren wie die Straßenmaut hervortraten.

Auf ideeller Ebene gelang es der politischen und akademischen Linken – Ausgangspunkt war eine Veranstaltung der Initiative „Wirtschaftswissenschaftler gegen den Internationalen Währungsfonds“ um den Ökonomen Kostas Lapavistas –, mit internationaler Unterstützung ein gegenhegemoniales Projekt<sup>9</sup> zu initiieren: Mit der Forderung, die Staatsschulden von einer unabhängigen, international besetzten Kommission auf ihre Legitimität hin untersuchen zu lassen, wurden breite Kreise mobilisiert.<sup>10</sup> Als Grundlage fungiert das Konzept der „illegitimen Schulden“; dabei handelt es sich u.a. um solche Schulden, die staatliche Funktionsträger im Zusammenhang mit Formen der Vorteilsnahme zu Lasten der Bevölkerung aufgenommen haben. Als Vorbild dient insbesondere Ecuador, das 2008 nach einem Schulden-Audit 70 Prozent der Staatsschulden zu illegitimen Schulden erklärt und nicht zurückgezahlt hat. Zu diesem Thema wurde von den Dokumentarfilmern Katerina Kitidi und Aris Chatzistefanou die Doku „Debtocracy“ gedreht, die mit privaten Spenden von Einzelpersonen, politischen Organisationen und Gewerkschaften finanziert und im Internet mit großem Erfolg verbreitet wurde.<sup>11</sup> Mittlerweile liegt ein mit zusätzlichem Material angereichertes Buch mit dem gleichen Titel auf griechisch vor.<sup>12</sup>

Die Brisanz dieser Initiative liegt in den Ursachen der griechischen Staatsschulden begründet. Das in den europäischen Medien lange Jahre hochgelobte griechische Wirtschaftswachstum fußte – vergleichbar mit der Phase vor dem Ersten Weltkrieg, als die Eisenbahn und der Kanal von Korinth gebaut wurden – auf den „Megala Erga“, den großen Infrastrukturprojekten. In Griechenland sind in den letzten Jahren von der EU ge-

förderte gigantische Bauten ins Werk gesetzt worden, an denen der griechische Staat in unterschiedlichem finanziellem Umfang beteiligt war. Dazu gehören der Athener Flughafen „Eleftherios Venizelos“, die Attische Ringstraße, die Athener U-Bahn, die Vorortbahn in Athen, der Neubau der Straßenbahn, die Bauten für die Olympiade 2004, zahlreiche Autobahnen, darunter die Ost-West-Verbindung „Egnatia Odos“ vom westgriechischen Igoumenitsa zur türkischen Grenze, die Brücke Rio-Antirio, welche die Peleponnes mit dem westgriechischen Festland verbindet, sowie weitere Straßenbauprojekte. Vor allem im Falle der Siemens AG, die an zahlreichen Projekten beteiligt war, ist es dabei zu Bestechungen in großem Umfang gekommen. Siemens hat Presseberichten zufolge die beiden staatstragenden Parteien mit Summen zwischen 100 und 150 Mio. € geschmiert. Auch wenn der anhängige parlamentarische Untersuchungsausschuß und die Ermittlungen der Justiz diese Vorgänge eher verdunkeln als erhellen, ist im Bewußtsein der Bevölkerung der Fall Siemens ein Sinnbild für eine korrupte politische Elite geworden, die Geschäfte zu Lasten der Bevölkerung tätigt.<sup>13</sup>

\*

Ein weiterer Aspekt betrifft die Konstruktion der Eurozone. Angesichts der ökonomischen Disproportionen – die Drachme wurde allein zwischen 1994 und 2004 um 18 Prozent abgewertet – wirkte sich der von allen europäischen Staaten gebilligte Beitritt Griechenlands zur Währungsunion verheerend aus.<sup>14</sup> An die Stelle der Wechselkursflexibilität trat die Lohnflexibilität nach unten. Das ohnehin bestehende Handelsbilanzdefizit wurde durch die nun günstigen Kredite weiter verstärkt. Niedrige Löhne und per Staatskredit finanzierte Großprojekte: Griechenland wurde so ein ideales Ziel von Kapitalexport. Gleichzeitig sank das Steueraufkommen der immer weniger konkurrenzfähigen Exportindustrien.

Zum Kapitalexport nach Griechenland gehören vor allem auch Rüstungsgüter. Der Rüstungshaushalt bewegte sich auf einem exorbitant hohen Niveau von 4 Prozent des BIP, das entspricht etwa 10 Mrd. € pro Jahr. Beschafft wurden unter anderem Fregatten französischer Rüstungskonzerne sowie U-Boote und Panzer aus Deutschland. Die deutschen Rüstungsexporte haben zwischen 2004 und 2008 um 70 Prozent zugenommen, wobei der Export innerhalb Europas um 123 Prozent anstieg. Hauptimporteure waren Griechenland und die Türkei, die zusammen rund ein Drittel der deutschen Rüstungsexporte abnahmen. Die damit einhergehende Korruption – in der Regel fanden Kreditzusagen von Banken in enger Abstimmung mit den beteiligten Rüstungskonzernen statt – ist, insbesondere was den ehemaligen Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos betrifft, mittlerweile aktenkundig, eine parlamentarische und juristische Untersuchung ist anhängig. Nach Aussagen von Daniel Cohn-

Bendit im Europaparlament haben die französische und die deutsche Regierung auch die finanziellen Zusagen der EU davon abhängig gemacht, daß die griechische Regierung die laufenden Aufträge nicht storniert.<sup>15</sup> Gegenwärtig findet eine Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der französischen Seite über die geplanten Lieferungen statt.<sup>16</sup>

Hinzu kam die ebenfalls mit einer Korruption unglaublichen Ausmaßes einhergehende Bereicherung der griechischen Oberschicht. Insbesondere während der Regierungszeit von Konstantinos Karamanlis wandelte sich der Staat zu einem Selbstbedienungsladen. Das in Nordgriechenland gelegene Kloster Vatepedi – u.a. wurden Grundstücksgeschäfte im großen Stil zu Lasten der öffentlichen Hand getätigt – ist ebenso zum Sinnbild für Korruption geworden wie Minister, die ohne Baugenehmigung im Wald Villen in Schwarzarbeit hochziehen lassen. Deutlich zeichnet sich die gesellschaftliche Umverteilung im Bankensektor ab. Zwischen 2000 und Ende 2009 erhöhten sich die Aktiva der griechischen Banken von 230 auf 580 Mrd. €, mithin ein Anstieg um 150 Prozent.<sup>17</sup> 30'000 griechische Familien verfügen über Bankguthaben in Höhe von 50 Mrd. €, griechische Privatleute haben im Ausland 40 Mrd. € angelegt und nach Schätzungen allein in der Schweiz rund 200 Mrd. € an Bankguthaben.<sup>18</sup> Die an der Athener Börse notierten Unternehmen haben jährlich einen Reingewinn von über 10 Mrd. € gemacht; in den letzten 20 Jahren haben griechische Unternehmen zahlreiche Beteiligungen in Höhe von rund 20 Mrd. € in den Ländern des Balkans erworben, insbesondere Banken und ehemals staatliche Telekommunikationsunternehmen, aber auch Industrieunternehmen und Werften.<sup>19</sup>

Diese Vermögen konnten dank der weitgehenden, teils legalen, teils illegalen Steuerfreiheit der griechischen Oberschicht sowie der Senkung der Steuern für private Unternehmensgewinne angehäuft werden. So wurde, ganz dem neoliberalen Leitbild entsprechend, die Unternehmensbesteuerung von 35 Prozent auf 25 Prozent gesenkt, und Reedereien sind praktisch steuerfrei. Diese innergesellschaftliche Umverteilung fand ihren Ausdruck in einer Senkung der Einkommen aus abhängiger Arbeit und aus Sozialtransfers sowie in einer zunehmenden Verschuldung der öffentlichen Hand.

\*

Die Forderung nach einer Untersuchung der griechischen Staatsschulden unabhängig vom Parlament und der Justiz birgt also eine erhebliche Sprengkraft in sich, zielt sie doch auf die Aufarbeitung des Zusammenhangs von internationaler Kreditvergabe bzw. Kapitalexport, öffentlichen Ausgaben und Korruption der politischen Klasse zu Lasten der breiten Mehrheit der Bevölkerung. Dies ist umso brisanter, als mit dem Kreditvertrag vom 8. Mai 2010 eine Lösung der Schuldenkrise in die Wege geleitet

wurde, die eine nahtlose Fortsetzung und Radikalisierung der bisherigen Wirtschaftspolitik erlaubt. Selbst die konservative „Kathimerini“ kritisierte, die Regierung habe sich „bedingungslos den Gläubigern ergeben“ und betreibe den Ausverkauf des Landes.<sup>20</sup> Dafür gibt es neben politischen auch strukturelle Gründe: Die beiden großen Parteien in Griechenland leben selbst seit Jahren „über ihre Verhältnisse“. Obwohl die staatliche Parteienfinanzierung schon bis 2016 abgerufen worden ist, finanziert sich die regierende PASOK zu gut drei Fünfteln aus Bankkrediten.<sup>21</sup>

Die „Hilfskredite“ an den griechischen Staat sind allemal ein Geschäft. Allein 2011-2013 zahlt Griechenland 92 Mrd. € an seine Gläubiger für fällige Anleihen, das sind 85 Prozent des Rettungspakets.<sup>22</sup> Hinzu kommen Zinsen in Höhe von rund 16 Mrd. € pro Jahr. Die Gläubiger diktieren die Bedingungen der „Griechenlandrettung“. Bei diesen handelt es sich vor allem um Banken, Versicherungen und andere institutionelle Anleger. An der Spitze stehen die griechischen Banken mit über 45 Mrd. €, gefolgt von deutschen und französischen Kreditinstituten mit rund 23 Mrd. bzw. 15 Mrd. €.<sup>23</sup> Das Adjektiv „griechisch“ ist in diesem Zusammenhang allerdings differenzierungsbedürftig: So gehört die Allgemeine Bank zu 54 Prozent der Société Générale, und die Handelsbank ist eine Tochtergesellschaft der Crédit Agricole.<sup>24</sup> Zudem agieren die großen griechischen Reedereien, die Teile des griechischen Bankensystems kontrollieren, traditionell international und haben ihren Sitz im Ausland.

Aufschlussreiches Beispiel dafür ist die Latsis-Dynastie, deren Vermögen auf 9.1 Mrd. US \$ geschätzt wird. Die EFG-Holding-Company von Spiros Latsis, an der die Deutsche Bank mit 10 Prozent beteiligt ist, hat ihren Sitz in Luxemburg und hält mit ihrer Tochter EFG Eurobank Ergasias 7.5 Mrd. € an griechischen Anleihen. Latsis, ein Studienfreund von EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso, hat über diese Bank die EU-Strukturmittel für Griechenland abgewickelt. Latsis ist zudem im Privatflugzeug-Verleih tätig und hält 40 Prozent der Anteile der ELPE, der mehrheitlich noch staatlichen Raffinerien. Mit der Gesellschaft Lamda ist Latsis auch in dem hochprofitablen und – verwiesen sei hier auf die jährlich wiederkehrende, durch den Gesetzgeber indirekt beförderte Brandstiftung – ökologisch besonders desaströsen Immobiliensektor tätig. Es ist in diesem Zusammenhang von besonderer Pikanterie, daß neben Karl Theodor zu Gutenberg der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou am 3. Oktober 2010 mit der „Quadriga“ ausgezeichnet worden ist. Die Laudatio wurde von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann gehalten.

Das „Rettungspaket“ hatte aber auch aus Sicht seiner Protagonisten Nachteile: Faktisch wurde durch das Programm der Troika die griechische Ökonomie in die Rezession getrieben und die Schuldenkrise damit verschärft. Der Vorteil aus Sicht der Troika bestand vor allem im Zeitgewinn, der den Gläubigern ermöglichte, griechische Staatsanleihen abzustoßen und zum IWF und zur Europäischen Zentralbank umzuschichten; die EZB

ist dadurch innerhalb eines Jahres zur europäischen „Bad Bank“ geworden. Zudem wurde der Druck auf die griechische Regierung, Unternehmen im Staatsbesitz zu privatisieren, massiv erhöht. Es ist nämlich trotz verbreiteter Darstellung nicht so, daß die Staatskonzerne unprofitabel wirtschaften, sieht man einmal von der defizitären Staatsbahn OSE ab. So konnte sich die deutsche Telekom bereits ein weiteres Aktienpaket der Telekom Hellas zu einem Schnäppchenpreis sichern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist also auch ein Hebel zur ökonomischen Neuordnung innerhalb Europas; die Klauseln in den Kreditverträgen mit den Staaten der Eurozone, die eine wirtschaftliche Bindung an Dritte ausschließen, sind in diesem Zusammenhang vor dem Verkauf von Teilen der Häfen von Thessaloniki und Piräus an chinesische Investoren zu sehen. Die Privatisierung dieser Staatsbetriebe hat weitreichende Folgen; sollte etwa die Landwirtschaftsbank privatisiert werden, könnten aufgrund der Verschuldung vieler Kleinbauern rund 50 Prozent des Landbesitzes den Besitzer wechseln. Ein anarchistischer Slogan bringt diesen Zusammenhang treffend zum Ausdruck: „Jetzt, wo die Unterhose weg ist, gehen sie uns an die Eier“.

\*

Die ohnehin angespannte soziale Lage hingegen spitzte sich infolge der Schock-Therapie der Troika das ganze Jahr 2010 über weiter zu: Die Arbeitslosenzahlen explodierten, Zehntausende verließen die städtischen Ballungszentren in die günstigere Peripherie oder wanderten aus; die Selbstmordrate verdoppelte sich, bis auf den Verkauf von Psychopharmaka brach der Konsum auf breiter Front ein. Innerhalb kürzester Zeit verringerte sich der Lebensstandard auf das Niveau der frühen 1960er Jahre.

Es bedurfte nur eines Funkens, um eine erneute soziale Explosion auszulösen. Am 25. Mai versammelten sich hunderttausende Menschen auf den zentralen Plätzen aller größeren Städte Griechenlands, um gegen die Politik der Troika und der griechischen Regierung zu protestieren. Allein in Athen versammelten sich etwa 40'000 Menschen mit dem Slogan „Wir gehen erst, wenn ihr weg seid!“ – für eine Mobilisierung von weniger als 48 Stunden eine erstaunliche Zahl. Am fünften Tag ununterbrochener Proteste nahmen im Athener Stadtzentrum mehrere hunderttausend Menschen an zwei miteinander korrespondierenden Kundgebungen teil, nachdem Mikis Theodorakis und die von ihm gegründete Organisation „Spitha“ (Funke) zu einer Manifestation vor der Athener Universität und zum Widerstand gegen die „Diktatur der Troika“ aufgerufen hatte.<sup>25</sup> Charakteristisch für beide Mobilisierungen war, daß es sich um die „unpolitischen“ Teile der Bevölkerung handelte, die sich bis dato nicht an Protesten beteiligt hatten.

Die ersten Kundgebungen auf dem Syntagma richteten sich gegen das

gesamte politische Establishment und grenzten sich explizit gegen die politischen Parteien – auch die der parlamentarischen Linken – und die Gewerkschaften ab. Die Distanzierung von den Gewerkschaften wurde jedoch bereits kurze Zeit später aufgegeben und die Gewerkschaftsverbände wurden aufgefordert, ihre Demonstrationen am Syntagma enden zu lassen. Nach drei Wochen ununterbrochener Proteste erfolgte eine massive Repression durch die Polizei sowie parastaatliche Schlägertruppen aus dem neofaschistischen Milieu. All denjenigen, die sich bisher nicht sonderlich für das politische Geschehen interessiert hatten, wurde im Schnelldurchlauf vor Augen geführt, daß der anarchistische Slogan „Bullen, Fernsehen, Neonazis – all das Gesindel arbeitet zusammen“ durchaus auf verallgemeinerbaren Erfahrungen beruht.

Die Protestbewegung bildete das gesamte politisch-kulturelle Spektrum der griechischen Gesellschaft ab. Auf dem Syntagma polarisierte sich dieses Spektrum in eine breite, linksorientierte Mehrheit und eine rechtsgerichtete Minderheit.<sup>26</sup> Deren Versuche, mit nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Agitation der Bewegung ihren Stempel aufzuprägen, scheiterte schon im Ansatz; alle Aufrufe, griechische Fahnen mitzubringen oder gar das Facebook-Foto durch die „Weißblaue“ zu ersetzen, fanden keine Resonanz. Umso wirkungsvoller entfalteten sich Ideen, die in der libertären und anarchistischen Gedankenwelt ihre Wurzeln haben.<sup>27</sup> Mit der Besetzung des Syntagma entwickelten sich Selbstorganisationsprozesse, die sich an basis- bzw. direktdemokratischen Vorstellungen orientieren. Die Website der „Empörten“ wurde daher sehr schnell in „Direkte Demokratie jetzt!“<sup>28</sup> umbenannt. Als zentrales Entscheidungsgremium wurden die abendlichen Volksversammlungen<sup>29</sup> etabliert, denen thematisch orientierte Gruppen zuarbeiten. In zahlreichen Veranstaltungen wurden ökonomische, soziale, staatsrechtliche und ökologische Fragen diskutiert. Allerdings erfolgte eine scharfe Abgrenzung gegen diejenigen anarchistischen Gruppen, die ein offensives Vorgehen gegen die Staatsorgane für sinnvoll und legitim hielten. Damit wurde der Taktik der Polizei das Wasser abgegraben, mit gezielten Provokationen Ausschreitungen hervorzurufen und damit das eigene gewaltsame Vorgehen rechtfertigen zu können.

Innerhalb kürzester Zeit setzte sich eine politische Agenda durch, deren Eckpunkte sich auf der Höhe der Konfrontationslinie bewegten: Verhinderung der sogenannten mittelfristigen Haushaltsplanung, die das „Memorandum“ ablösen soll<sup>30</sup>, Umkreisung des Parlaments am Tag der Abstimmung und Aufforderung zum Generalstreik.<sup>31</sup> Die Versammlung der Arbeiter/innen und Arbeitslosen forderte zudem alle Gewerkschafter auf, die Besetzung der Betriebe vorzubereiten, denen die Schließung droht. Der Charakter der Forderungen wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß der Vorschlag, Neuwahlen sowie eine Volksabstimmung zu fordern, ebenso abgelehnt wurde wie die Idee, eine eigene Partei zu gründen.

Faktisch lief diese Programmatik auf den Sturz der Regierung und die Einstellungen aller Zahlungen an die Gläubiger hinaus, d.h. auf einen Bruch mit den bürgerlichen Kräften in Griechenland und mit der EU.

Erstmalig gab es bei Massenkundgebungen über Wochen keine gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ohne Zweifel wäre ohne die Beispiele des Tahrir-Platzes und des Puerta del Sol dieses Wunder von Athen nicht möglich gewesen.<sup>32</sup> Stattdessen verwandelten sich die Plätze der griechischen Städte in gesellschaftliche Laboratorien der Selbstorganisation, der Selbstaufklärung und des politischen Dialogs.<sup>33</sup> Innerhalb kürzester Zeit wurde dazu eine Infrastruktur geschaffen, wobei Lebensmittel, Zelte, Computer und sonstige Materialien unentgeltlich herangeschafft wurden. Eine derartige Freisetzung politischer Phantasie und sozialer Kreativität hat in Griechenland zuletzt 1973 bei der Revolte gegen die Obristen stattgefunden.

Alle politischen Kräfte waren sichtlich überrascht und zunächst wie paralysiert. Die außerparlamentarische Linke, Teile der SYRIZA und anarchistische Gruppen reagierten als erste und begannen nach wenigen Tagen, für die Proteste zu mobilisieren, nachdem es zunächst Abwehrreflexe wegen ihres scheinbar unpolitischen Charakters gegeben hatte. Die anarchistischen Aktivisten hielten sich ebenso wie die der marxistischen Linken an die Regeln und nahmen nicht als Vertreter einer Organisation, sondern als Personen teil. Für die Aktivisten der gewerkschaftlichen Basisverbände bot sich die Möglichkeit, die angesichts hoher Arbeitslosigkeit engen Grenzen sektoraler Auseinandersetzungen zu überwinden. Damit reproduziert sich ein typisches historisches Phänomen der griechischen Arbeiterbewegung: Da die ökonomischen Druckmittel eingeschränkt sind, schlagen Streiks schnell in offene politische Auseinandersetzungen um und bilden quasi den Ersatz für die begrenzte sozial-ökonomische Durchschlagskraft.

Die kommunistische KKE hielt sich merklich zurück, fand aber keinen Grund, sich demonstrativ zu distanzieren; ihre Kundgebungen hielt sie aber vorwiegend auf dem Omonia-Platz ab. Erst mit den erneuten Massenprotesten Mitte Oktober ging sie dazu über, direkt zum Syntagma-Platz zu mobilisieren. Dabei war deutlich die Tendenz erkennbar, dass sie sich als eine Art Ordnungsfaktor etablieren wollte. Versuche in diese Richtung stießen allerdings auf heftige Proteste und führten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit anarchistischen Gruppen.<sup>34</sup>

Nach gut drei Wochen ununterbrochener Proteste, die sich in den Großstädten auch auf zahlreiche Stadtteile ausdehnten, bot Ministerpräsident Papandreou seinen Rücktritt an. Die konservative Opposition war unter den Bedingungen, daß das Abkommen mit der Troika neu verhandelt wird, Papandreou abtritt und Neuwahlen ausgeschrieben werden, bereit, in die Regierung einzutreten. Einen Zwerg umzustürzen ist jedoch unmöglich, wenn zwei Riesen hinter ihm stehen: Nach Intervention der französischen

und der deutschen Regierung trat Papandreou von seinem Rücktritt zurück.<sup>35</sup> Parallel zu diesen dramatischen Entwicklungen versuchte die griechische Regierung, die Protestbewegung zu zerschlagen. Hand in Hand gingen Einheiten der MAT und parastaatliche Schlägertrupps gegen die Besetzer des Syntagma-Platzes vor. Nach beispiellosen Straßenkämpfen gelang es der Bewegung jedoch, den Platz erneut zu besetzen; kollektiv wurde der Syntagma von den chemischen Substanzen, die die Polizei verschoss, gereinigt und die Infrastruktur wieder aufgebaut.<sup>36</sup> Am Tag der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes gab es erneut einen massiven Polizeieinsatz gegen die Bevölkerung. Trotz dieser selbst für griechische Verhältnisse außergewöhnlichen staatlichen Gewalteskalation gelang es nicht, den Syntagma-Platz dauerhaft zu räumen. Das „Unterhaus“ der direkten Demokratie konnte sich gegen die Gewalt behaupten. Die Legitimation des Parlamentes und der in ihm vertretenen Parteien, aber auch die der Troika und der EU ist damit an eine zweifelhafte Grenze gekommen. Es wirft auch ein trübes Licht auf die parlamentarischen Linksparteien, daß sie diese Vorkommnisse nicht zum Anlaß nahmen, sich aus der Vouli zurückzuziehen und demonstrativ Partei für die Bewegung zu ergreifen.

\*

Seit der Bewegung vom Sommer 2011 hat sich ihre Dynamik dermaßen beschleunigt, daß wellenförmig immer größere Teile der Bevölkerung, die nach einem Ausweg aus der sich verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Situation suchten, in die Protestbewegung hineingezogen wurden. Das politische Establishment hat auf diese Demokratiebewegung bisher ausschließlich mit taktischen Winkelzügen und Gewalt reagiert, unter dem Druck der von der Troika zur Überwachung eingesetzten „Task-force“ aber faktisch keinerlei Zugeständnisse gemacht. Die bis November alleinregierende PASOK hat diese Zwangslage praktisch an den Rand der Auflösung gebracht; zwar konnte die Parlamentsfraktion trotz zahlreicher Rücktritte und Ausschlüsse zusammengehalten werden, die Partei insgesamt befindet sich, was ihre Verankerung in der Bevölkerung und ihren Apparat betrifft, im fortgeschrittenem Stadium der Zersetzung. Damit ist unmittelbar auch das Funktionieren des Staatsapparats betroffen. Zeitweise waren zahlreiche staatliche Einrichtung von den Kommunalverwaltungen bis hin zu den Ministerien von streikenden Belegschaften besetzt. Selbst der Justizapparat war zeitweise durch Arbeitskämpfe lahmgelegt. Das Gesundheits- und Bildungssystem sowie andere öffentliche Bereiche sind durch die Sparmaßnahmen teilweise funktionsunfähig, so fehlen etwa Medikamente und Schulbücher.

Die größte oppositionelle Partei, die konservative Nea Dimokratia, konnte bisher nur in sehr begrenztem Maße von der regierungsfeindlichen Stimmung profitieren. Zwar positionierte sich Parteichef Antonis Samaras

unter dem Druck der konservativen Wählerbasis wortgewaltig gegen die Politik des „Memorandum“ und wurde dafür in der europäischen Presse sowie von seinen europäischen Parteifreunden scharf attackiert. Das Mißtrauen gegenüber dem politischen Establishment ist jedoch mittlerweile so groß, daß viele auch den Konservativen keinerlei Vertrauen entgegenbringen. Durch die Bereitschaft, im November dann doch quasi ohne Vorbedingungen in eine Koalitionsregierung mit der PASOK einzutreten, wurde dieses Mißtrauen bestätigt. Sollte die ND ihren Weg als „Partei des Memorandums“ fortsetzen, wird sie das Schicksal der PASOK ereilen, da Teile ihrer Massenbasis wie die LKW- und Taxifahrer in die militantesten Auseinandersetzungen mit den Staatsorganen verwickelt waren.

Es ist daher keine gewagte Prognose zu vermuten, daß ein Teil der ND-Basis sich weiter aktiv an der demokratischen Massenbewegung beteiligen, ein anderer Teil zu rechtsradikalen Kräften abwandern wird; aber auch hier stellt sich die Frage, inwieweit diese in der Lage sind, daraus Kapital zu schlagen. Zwar wird der Führer der Rechtspopulisten, Giorgos Karatzaferis, von vielen Fernsehsendern gehätschelt, seine Partei LAOS hat jedoch bereits mehrfach mit der Regierungsfraktion gestimmt und sich durch ihren Eintritt in die Regierung Papadimos als oppositionelle Kraft vollkommen unglaubwürdig gemacht. Ein Teil des rechtsradikalen Potentials wird daher von faschistischen Kräften wie der „Chrisi Avghi“ (Goldene Morgendämmerung) absorbiert werden.

Das Problem des griechischen Parteiensystems ist nicht seine fehlende Einheit, wie seitens der Vertreter der Gläubigerstaaten immer wieder vorgebracht wird, sondern daß es für eine Fortsetzung der bisherigen Politik keine Mehrheiten gibt. Wie sehr das politische Establishment der „Ja-Sager“ sich bereits diskreditiert hat, wurde am Nationalfeiertag, dem 28. Oktober deutlich – an diesem Tag wird das „Ochi“ zum italienischen Ultimatum von 1940 gefeiert. Selbst in Kleinstädten wurden die Paraden mühelos gesprengt und die lokalen Honoratioren und Politiker von der wütenden Bevölkerung in die Flucht geschlagen. In Thessaloniki mußte aufgrund der Proteste die Militärparade abgebrochen werden und ein konsternierter Staatspräsident Papoulias sah sich „Verräter“-Rufen ausgesetzt.

Die Parteien der parlamentarischen Linken werden nur in begrenztem Maße in der Lage sein, den zukünftigen Entwicklungen ihren Stempel aufzudrücken. Objektiv spielt ihnen einerseits die Koalitionsregierung aus PASOK, LAOS und ND in die Hände. Andererseits gibt es starke Vorbehalte gegenüber dem autoritären Führungsstil, insbesondere der KKE. Alle entscheidenden Initiativen sind nicht von den Parteiapparaten ausgegangen, sondern es waren kleinere Organisationen und Freundeskreise, die als erste die Stimmung in der Bevölkerung aufgriffen. Die Linkskoalition Synaspismos hat zwar flexibler auf die Bewegungen reagiert, ist aufgrund ihrer pluralen inneren Struktur aber häufig nicht imstande, mit einer

Stimme zu sprechen. So repräsentiert das überkommene Parteienspektrum eine gesellschaftliche Struktur, die längst erodiert ist. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen formiert sich ein neues Klassensubjekt, das radikaler noch als Mitte der 1960er Jahre die griechische Oberschicht in Frage stellt.<sup>37</sup> Die Kampfbereitschaft großer Teile der Bevölkerung ist ungebrochen – entgegen vielen Medienberichten, die von zunehmender Resignation reden.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Gregor Kritidis, Die Revolte der prekarierten Jugend in Griechenland. sozialistische positionen 12/2008. <http://www.sopos.org/aufsaeetze/494ee3aaf23b3/1.phtml>
- 2 Vgl. Gregor Kritidis, Krise als Katalysator. Zur Transformation der griechischen Arbeiterbewegung. [http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24621/09\\_Kritidis%20Krise.pdf](http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24621/09_Kritidis%20Krise.pdf)
- 3 Vgl. Detlev Hartmann/John Malamatis, Krisenlabor Griechenland. Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas. Berlin 2011.
- 4 Daß die PASOK nicht irgendeinen erkennbaren Versuch unternommen hat, dem Diktat der EU zu trotzen, hat die Ursache in der spezifischen Struktur der herrschenden Klasse Griechenlands, die über das Reederei-Kapital traditionell eng mit den europäischen Eliten verbunden ist. Vgl. Dimitris Charalambis, Gesellschaftliche Klassen, politische Krise und Abhängigkeit. Frankfurt/Main 1981.
- 5 Giorgos Kassimatis, Oi paranomes symbaseis daneismou tis elladas. (Die rechtswidrigen Kreditverträge Griechenlands). Athina 2011. Vgl. den Beitrag in diesem Widerspruch-Heft 61.
- 6 Vgl. dazu Andreas Wehr, Griechenland, die Krise und der Euro. Köln 2010. S. 72ff.
- 7 Vgl. deren Website [http://syntonismos.blogspot.com/2011/07/blog-post\\_17.html#more](http://syntonismos.blogspot.com/2011/07/blog-post_17.html#more)
- 8 Der Streik der Taxifahrer im August 2011 ist damit vergleichbar. Sowohl die Spediteure als auch die Taxifahrer sind in der Mehrzahl selbständige Unternehmer. Neben ihrem Fahrzeug stellt die staatliche Lizenz ihr Kapital dar. Die Entwertung dieser Lizenzen im Zuge der Marktöffnung des Transportsektors kam faktisch einer massenhaften Enteignung ihres Privatvermögens gleich.
- 9 Zu den Unterstützern der Initiative gehören Wissenschaftler, Gewerkschafter, Künstler, Schriftsteller, Journalisten und Schauspieler. Neben bekannten Repräsentanten der Linkskoalition SYRIZA wie Alekos Alavanos und Manolis Glezos finden sich vor allen Namen der außerparlamentarischen Linken wie Giorgos Delastik. Zu den internationalen Unterstützern gehören Tariq Ali, Noam Chomsky, Ken Loach, Jean Ziegler und Slavoj Žižek.
- 10 Vgl. die website <http://eleg.gr/details.php?id=131>
- 11 <http://www.debtocracy.gr/indexen.html> Laut Wikipedia haben innerhalb weniger Tage über eine halbe Millionen Menschen den Film gesehen.
- 12 Katerina Kitidi/Aris Chatzistefanou/Leonidas Vatikiotis (wissenschaftliche Beratung), Debtocracy. Athen 2011.
- 13 Vgl. Peter Graeff/Karenina Schröder/Sebastian Wolf (Hrsg.), Der Korruptionsfall Siemens. Baden-Baden 2009. S. 11. Winfried Wolf, Wie kam der Euro nach Griechenland? Lunapark21 15/2011, S. 38-41. In anderen Bereichen, etwa dem Gesundheitssektor, sieht die Korruption der Lieferanten nicht viel anders aus. Kathimerini v. 23/24.4.2011.
- 14 Vgl. Wolf. a.a.O.
- 15 Vgl. Gregor Kritidis, Testfeld Griechenland. sozialistische positionen 3/2010. <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4b9914d82c6cc/1.phtml>

- 16 Kathimerini v. 18.10.2011.
- 17 Rizospastis v. 21.2.2010.
- 18 FTD v. 18.10.2011. Gegenwärtig wird zwischen Griechenland und der Schweiz ein Steuerabkommen verhandelt, das dem zwischen Deutschland und der Eidgenossenschaft gleichen soll.
- 19 Giannis Kyriakakis, Die unbekanntenen Reichen. <http://www.resaltomag.gr/forum/view-topic.php?t=4263>
- 20 Kathimerini v. 18.2.2011.
- 21 2010 betrug das Defizit im Haushalt der PASOK 43 Mio. €, der ND 25 Mio. €. Eleftherotypia v. 16.10.2011.
- 22 Prin v. 24.6.2011.
- 23 FAZ v. 6.6.2011.
- 24 Wehr, Griechenland. A.a.O. S. 64.
- 25 Vgl. seinen Aufruf „Als Solon die Schulden stornierte“. Ossietzky 15/2011. <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4e479bbb9bd47/1.phtml>
- 26 Yorgos Mitralias, Massenrevolte in Griechenland. Zu Hunderttausenden erklären die griechischen Empörten ihren neoliberalen Henkern den Krieg. Labournet Juni 2011. <http://www.labournet.de/internationales/gr/mitralias1.html#oben>
- 27 Vgl. Gregor Kritidis, Irgendwann nehmen die Tränen Rache. Zur Renaissance des Anarchismus in Griechenland. In: Argument Nr. 289. 2010. S. 826-838. A.G. Schwarz/Tasos Sagris/Void Network (Hrsg.), Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte. Hamburg 2010. Antonis Vradis/Dimitris Dalakoglou, Revolt and Crisis in Greece. Between a present yet to pass and a future still to come. Baltimore/Edinburgh/London/Athens 2011.
- 28 <http://real-democracy.gr/>
- 29 Der Begriff „Volk“ (laos) ist im Mainstream nicht völkisch konnotiert, im Gegenteil. Vergleichbar ist er mit dem englischen „people“.
- 30 Beschluss der Volksversammlung des Syntagma v. 4.6.2011. Prin v. 12.6.2011.
- 31 Beschluß v. 5.6.2011. Ebd.
- 32 Zu den Kundgebungen wurden u.a. spanische, portugiesische, ägyptische und tunesische Flaggen mitgebracht.
- 33 Prin v. 5.6.2011.
- 34 De facto hat sich die KKE am 20. Oktober, dem zweiten Tag des 48stündigen Generalstreiks, schützend vor die Regierung gestellt.
- 35 Vgl. FAZ v. 16.6.2011. Die These von der Intervention wurde in griechischen Zeitungen kolportiert. Angesichts der kuriosen Umstände des Rücktritts vom Rücktritt ist sie aber durchaus plausibel. Vgl. Panagiotis Sotiris, Greece: Crisis and Unrest <http://williambowles.info/2011/06/23/greece-crisis-and-unrest-by-panagiotis-sotiris/>
- 36 Avgi v. 19.6.2011.
- 37 Hobo, Iounis 2011: I ektropi ton ekdochon. Kinitopoiiseis ton plateion kai katastasi ektatis anangis. (Mobilisierungen der Plätze und Ausnahmezustand). Athina 2011.